



HESSEN



Bericht aus Brüssel

17/2021 vom 17.09.2021

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Europäisches Parlament.....	4
Ausschuss der Regionen.....	10
Wirtschaft.....	10
Energie.....	12
Digital.....	12
Forschung.....	13
Finanzdienstleistungen.....	14
Finanzen.....	15
Soziales.....	17
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	18
Umwelt.....	18
Landwirtschaft.....	19
Justiz.....	21
Inneres.....	22
Bildung und Kultur.....	25
Information, Kommunikation und Medien.....	25
EU-Förderprogramme.....	26
Veranstaltungen.....	27
Vorschau.....	28

Kommission; Strategische Vorausschau

Am 08.09.2021 hat die Kommission ihre zweite jährliche strategische Vorausschau angenommen, in der sie eine zukunftsorientierte und multidisziplinäre Perspektive zur strategischen Autonomie der EU in einer multipolaren Weltordnung dargelegt hat. Dabei identifizierte die Kommission folgende Kernbereiche bzw. globale Trends, die Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit und -freiheit der EU haben könnten: Klimawandel und andere ökologische Herausforderungen, digitale Hyperkonnektivität und technologischer Wandel, Druck auf Demokratie und Werte und weltpolitische Verschiebungen sowie Herausforderungen in der Demografie. Diese Initiativen sollen auch in das Arbeitsprogramm 2022 einfließen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4581

Corona

Kommission; Neue EU-Behörde HERA eingerichtet

Die Kommission hat am 16.09.2021 die neue EU-Behörde HERA zur Vorsorge und Reaktion bei gesundheitlichen Notfällen innerhalb ihrer Dienststellen eingerichtet und einen Vorschlag für deren Weiterentwicklung vorgelegt. Mit der Behörde HERA (Health Emergency Preparedness and Response Authority) soll eine bessere Antizipation und Reaktion bezüglich grenzüberschreitender Gesundheitsbedrohungen auf EU-Ebene ermöglicht werden. Hierfür sieht der Vorschlag zwei verschiedene Operationsmodi und damit verbundene Aufgabenbereiche vor: Einen Regelbetrieb, der als Vorbereitungsphase gesehen wird. Schwerpunkt ist hierbei die Vernetzung von Gesundheitsforschung und –wirtschaft sowie die Bereithaltung einer Infrastruktur zur Vorhaltung notwendiger medizinischer Materialien. In der Notfallphase soll HERA u.a. damit betraut sein, die Verfügbarkeit von medizinischen Gütern und Arzneimitteln sicherzustellen, die Beschaffung zu übernehmen und die Krisenfallproduktion aktivieren können. HERA soll bis Anfang 2022 mit weiteren Kompetenzen ausgestattet werden und voll funktionsfähig sein.

https://ec.europa.eu/health/sites/default/files/preparedness_response/docs/hera_2021_propcouncreg_medical-countermeasures_en.pdf

Kommission; Team Europa hat bereits 34 Mrd. EUR an Partnerländer zur Bekämpfung von Covid-19 gezahlt

Die EU, die EU-Mitgliedstaaten und die europäischen Finanzinstitutionen haben als „Team Europa“ bereits 34 Mrd. Euro zur Bekämpfung von Covid-19 an mehr als 130 Partnerländer gezahlt. Das verkündete die Kommission am 16.09.2021. Insgesamt sind Ausgaben in Höhe von 46 Mrd. EUR geplant. Von dem bereits gezahlten Betrag gingen 1,8 Mrd. EUR in Soforthilfemaßnahmen zur Deckung des humanitären Bedarfs, 6,3 Mrd. EUR in die Stärkung der Gesundheits-, Wasser- und Sanitärversorgungssysteme und 25,8 Mrd. EUR in die Abmilderung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, auch in Bezug auf Beschäftigung und Bildung.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_4729

Kommission; EU und GBR einigen sich auf Aussetzung der rechtlichen Schritte

Am 06.09.2021 haben sich die Kommission und GBR darauf geeinigt, die Umsetzung des NI-Protokolls zum Halten zu bringen und zunächst auf Grundlage des momentanen Stands der Umsetzung nach weiteren Lösungen zu suchen. Ursprünglich hatte die britische Regierung einen „Stillstand“ vorgeschlagen, um Raum für weitere Verhandlungen und Diskussionen zu schaffen. Die EU stimmte dem Vorschlag GBR zu, die rechtlichen Schritte aus dem März 2021 zunächst auszusetzen. Zudem bleiben auch die noch aktiven Übergangsregelungen in Zoll- und Grenzangelegenheiten bis auf weiteres bestehen. Die EU reagierte auf dieses Schreiben und nutzte die Gelegenheit, um daran zu erinnern, dass das Austrittsabkommen bindend sei. Der Fokus liege weiterhin darauf, langfristige, flexible und praktische Lösungen zu identifizieren. Es gebe keine Neuverhandlung des Protokolls.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_21_4586
<https://questions-statements.parliament.uk/written-statements/detail/2021-09-06/hlws257>

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des EP vom 13.-16.09.2021 in Straßburg

Debatte zur Lage der EU

Am 15.09.2021 hielt Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor den MdEP ihre zweite Rede zur Lage der EU. Sie begann mit der Feststellung, dass die EU sich in der „größten globalen Gesundheitskrise seit einem Jahrhundert“, der „schwersten globalen Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten“ und der „tiefsten Umweltkrise aller Zeiten“ dafür entschieden habe, diese Krisen gemeinsam anzugehen: Gemeinsam als Kommission, als EP, als 27 Mitgliedstaaten. Als ein Europa. Und darauf könnte man stolz sein. Sie betonte, dass Europa bei den Impfquoten eine Vorreiterrolle einnehme, 70% der Europäerinnen und Europäer seien geimpft und es habe die Hälfte seiner Impfstoffproduktion mit der übrigen Welt geteilt. Jetzt gehe es darum, die Impfung überall auf der Welt zu beschleunigen, die Anstrengungen in Europa fortzusetzen und sich gut auf künftige Pandemien vorzubereiten. Mit Blick auf die Zukunft stellte sie fest: Das Digitale entscheidet über Erfolg oder Scheitern, und kündigte ein neues europäisches Halbleiter-Gesetz an, das die europäischen Forschungs-, Entwicklungs- und Testkapazitäten von Weltklassenniveau zusammenbringt und die Investitionen der EU und der Mitgliedstaaten koordiniert. Zum Klimawandel stellte von der Leyen fest: Der Klimawandel sei menschengemacht. Aber gerade weil er menschengemacht sei, könnten man auch dagegen vorgehen. Sie hob hervor, dass die EU mit dem Green Deal die erste große Volkswirtschaft sei, die zur Umsetzung dieser Ziele umfassende Rechtsvorschriften vorlege, und versprach, die Mittel für die biologische Vielfalt in der Welt zu verdoppeln; insbesondere für die am meisten betroffenen Länder, sowie weitere 4 Milliarden EUR für die Finanzierung von Klimamaßnahmen bis 2027 vorzuschlagen. In Bezug auf die Außen- und Sicherheitspolitik forderte sie eine europäische Cyber-Sicherheitspolitik und ein neues europäisches Gesetz zur Cyber-Widerstandsfähigkeit. Sie kündigte einen Gipfel zur europäischen Verteidigung an, der unter der französischen Ratspräsidentschaft stattfinden soll.

Der EVP-Fraktionsvorsitzende MdEP Manfred Weber (EVP/DEU) wies auf die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise hin und sagte, dass Europa

dringend neue Arbeitsplätze schaffen müsse, auch im Gesundheitssektor, wo die EU mit COVID-19-Impfstoffen führend sei. Er plädierte für ein Sofortprogramm für den Handel zwischen der EU und den USA, für Digitalisierung sowie für einen Plan zum Abbau der Bürokratie. Die europäische Verteidigung sollte durch eine schnelle Eingreiftruppe gestärkt und Europol in ein europäisches FBI umgewandelt werden, schloss er.

Die S&D-Fraktionsvorsitzende MdEP Iratxe García (S&D/ESP) bewertete den Kampf der EU gegen die Pandemie und ihre Folgen positiv: 70% der Bevölkerung seien geimpft, die Freizügigkeit sei wiederhergestellt und die Mittel des Aufbaufonds würden bereits verteilt. Der Übergang zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft sei ebenfalls auf gutem Wege, wobei sie feststellte, dass die Krise die Ungleichheiten verschärft und die Schwächsten am härtesten getroffen habe.

Der RN-Fraktionsvorsitzende MdEP Dacian Cioloș (RN/ROM) beklagte, dass die Kommission zu oft Diplomatie mit dem Rat betreibe, anstatt mit dem Parlament Politik zu machen. Er betonte, dass die europäischen Werte das Fundament unserer Union seien, und forderte die Kommission auf, die Konditionalitätsregelung für den Haushalt - die seit fast einem Jahr in Kraft sei, aber nie angewandt werde - zu nutzen, um die Finanzierung illiberaler Bewegungen in vielen Teilen Europas zu stoppen, wo die Unabhängigkeit der Justiz untergraben, Journalisten ermordet und Minderheiten diskriminiert würden.

Der GRÜNE Fraktionsvorsitzende MdEP Philippe Lamberts (GRÜNE/BEL) forderte mehr Ehrgeiz beim Klimaschutz: Schneller, höher, stärker: Es sei höchste Zeit, die olympischen Ziele auf unsere Bemühungen zur Rettung des Planeten anzuwenden. Er forderte auch Anpassungen in den Steuer- und Sozialsystemen, um ein würdiges Leben für alle zu gewährleisten. Zur Außenpolitik merkte Lamberts an, dass die EU nur durch die Aufteilung der Souveränität zu einem Schwergewicht auf der Weltbühne werden könne.

Die EU-Bürger bräuchten keine „salbungsvolle Rede“, sie wollten einfach „in Ruhe gelassen werden“, sagte MdEP Jörg Meuthen (ID/DEU). Er kritisierte die Pläne der Kommission als „Ausgabe-Orgien“ - für den Green Deal, für den Aufbaufonds, für „Fit for 55“ - wofür am Ende die Bürger zur Kasse gebeten würden. Er warnte vor wachsender Bürokratie, bedauerte den Übergang zu grüner Energie und plädierte für mehr Kernenergie.

Der ECR-Fraktionsvorsitzende MdEP Raffaele Fitto (ECR/ITL) warnte, dass die Mittel des Aufbaufonds allein nicht ausreichen und forderte eine Reform des Stabilitätspakts. Er forderte auch eine Änderung der Regeln für staatliche Beihilfen und eine autonomere Handelspolitik. Der ökologische Wandel könne nicht in Angriff genommen werden, ohne zu berücksichtigen, was woanders in der Welt geschieht und was die Auswirkungen auf unser Produktionssystem seien.

Der GUE-Fraktionsvorsitzende MdEP Martin Schirdewan (GUE/DEU) klagte, von der Leyen habe sich selbst gelobt, aber keine Antworten auf die heutigen Probleme geliefert. Er forderte die Aufhebung des Patentschutzes für Impfstoffe und wies darauf hin, dass die 10 reichsten Milliardäre Europas ihr Vermögen während der Pandemie weiter vermehrt hätten, während jedes fünfte Kind in der EU in Armut aufwachse oder von Armut bedroht sei.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-09-15-ITM-002_DE.html

Humanitäre Situation und Sicherheitslage in Afghanistan

In einer Entschließung, die am 16.09.2021 mit einer Mehrheit von 536 - 96 - 50 angenommen wurde, fordern die MdEP die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, zusammenzuarbeiten, um die Evakuierung von EU-Bürgern und gefährdeten Afghanen zu erleichtern, insbesondere durch die Nutzung sicherer Korridore. Sie

betonen, dass der größte Teil der afghanischen Flüchtlinge in erster Linie in den Nachbarländern Schutz suchen wird. Die EU sollte daher diese Länder unterstützen und helfen, humanitäre Korridore einzurichten, um Nahrungsmittelhilfe, Wasser, Sanitäreinrichtungen und Arzneimittel bereitzustellen. Dies sei jedoch keine Alternative zu einer eigenständigen europäischen Asyl- und Migrationspolitik, die die Neuansiedlung für die am stärksten gefährdeten und schutzbedürftigen Personen sowie ein eigenes Visaprogramm für afghanische Frauen, die Schutz vor dem Taliban-Regime suchen, umfassen sollte. Die MdEP fordern die Mitgliedstaaten auf, aktuelle und vor Kurzem eingereichte Asylanträge, auch abgelehnte Anträge, neu zu bewerten und betonen, dass es unter keinen Umständen zu Rückführungen nach Afghanistan kommen darf. Sie fordern die Kommission erneut auf, einen Legislativvorschlag für Visa aus humanitären Gründen zu veröffentlichen, und fordern, dass die Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten gleich verteilt wird. Diese Kontakte mit den Taliban sollten jedoch strikt auf logistische, organisatorische und humanitäre Fragen beschränkt bleiben. Sie betonen, dass die Bedingungen für die politische Anerkennung der De-facto-Machthaber der Taliban nicht erfüllt sind.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0393_DE.html

Gesundheitsunion: Zusammenarbeit und Krankheitsvorbeugung verbessern

Am 14.09.2021 standen zwei Verordnungen zur Abstimmung, die das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten stärken sollen und eine bessere Bekämpfung von grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren ermöglichen sollen. Der Vorschlag, den Aufgabenbereich des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) zu erweitern, wurde mit einer Mehrheit von 598 - 84 - 13 angenommen. Die MdEP fordern, dass die Mitgliedstaaten nationale Vorsorge- und Reaktionspläne ausarbeiten und aktuelle, vergleichbare und hochwertige Daten bereitstellen. Außerdem soll das ECDC künftig nicht nur für übertragbare Krankheiten zuständig sein, sondern auch für schwere nicht übertragbare Krankheiten, zum Beispiel Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Atemwegserkrankungen, Krebs, Diabetes oder psychische Erkrankungen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0376_DE.html

Der Gesetzgebungsvorschlag zur Verbesserung der Krisenprävention sowie der entsprechenden Vorsorge und Reaktion auf EU-Ebene bei künftigen schwerwiegenden länderübergreifenden Gesundheitsgefahren wurde mit einer Mehrheit von 594 - 85 - 16 angenommen. Die Coronakrise, so die MdEP, habe gezeigt, dass die EU die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten – vor allem in den Grenzregionen – noch mehr fördern müsse. Das EP fordert außerdem klare Verfahren und mehr Transparenz bei der Vergabe von Aufträgen durch die EU und den damit verbundenen Kaufverträgen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0377_DE.html

Rechte von LGBTIQ-Personen und Anti-Diskriminierungsmaßnahmen in der EU

In einer Entschließung über die Rechte von LGBTIQ-Personen in der EU, die am 13.09.2021 mit einer Mehrheit von 387 - 161 – 123 im Rahmen des Berichts von MdEP Dolors Montserrat (EVP/ESP) angenommen wurde, betont das EP, dass diese Bürgerinnen und Bürger in der Lage sein sollten, ihre Rechte, einschließlich des Rechts auf Freizügigkeit, überall in der EU uneingeschränkt auszuüben. In der Entschließung heißt es, dass Ehen oder eingetragene Partnerschaften, die in einem Mitgliedstaat geschlossen wurden, in allen Mitgliedstaaten einheitlich anerkannt werden sollten, und dass gleichgeschlechtliche Ehegatten und Partner genauso behandelt werden sollten wie heterosexuelle. Die MdEP fordern außerdem alle EU-Länder auf, die in der Geburtsurkunde eines Kindes genannten Erwachsenen als

dessen rechtliche Eltern anzuerkennen. Im Allgemeinen fordern die MdEP, dass Regenbogenfamilien das gleiche Recht auf Familienzusammenführung haben wie heterosexuelle Paare und deren Familien. Es soll sichergestellt werden, dass Kinder nicht staatenlos werden, wenn ihre Familien zwischen den Mitgliedstaaten umziehen. Die MdEP sprechen sich dafür aus, dass Familien in der gesamten EU gleichbehandelt werden sollten. Schließlich erwähnen die MdEP die Diskriminierung der LGBTIQ-Gemeinschaften in Polen und Ungarn. Das Parlament fordert weitere EU-Maßnahmen (Vertragsverletzungsverfahren, gerichtliche Maßnahmen und Haushaltsinstrumente) gegen diese Länder.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0366_DE.html

POL: Weitere Angriffe auf Medienfreiheit und Rechtsstaatlichkeit

In einer Entschließung, die am 16.09.2021 mit einer Mehrheit von 502 - 149 - 36 angenommen wurde, verurteilt das EP die weitere Verschlechterung der Medienfreiheit und der Rechtsstaatlichkeit in POL. Nachdem das EP bereits bei früheren Gelegenheiten seine Besorgnis über die Umgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in eine regierungsnahen Einrichtung zum Ausdruck gebracht hatte, kritisieren die MdEP den vom Sejm verabschiedeten Gesetzesentwurf „Lex TVN“. Sie bezeichnen es als einen Versuch, diejenigen zum Schweigen zu bringen, die kritische Inhalte verbreiten und als unmittelbaren Angriff auf den Medienpluralismus. Sie sind auch darüber besorgt, dass der staatlich kontrollierte Mineralölkonzern PKN Orlen die Polska Press Group übernommen hat, und zwar noch vor dem endgültigen Ergebnis der Beschwerde des polnischen Bürgerbeauftragten gegen die Wettbewerbsbehörde. Die Änderungen in den Redaktionen, die von den neuen Eigentümern bereits vorgenommen wurden, obwohl ein Rechtsmittel eingelegt wurde und noch anhängig ist, geben ebenfalls Anlass zu großer Sorge. Das EP bekräftigt außerdem die grundlegende Bedeutung des Vorrangs des Unionsrechts als Eckpfeiler des Unionsrechts. Dementsprechend fordert es den Ministerpräsidenten POL und den Generalstaatsanwalt auf, ihre vor dem ihrer Ansicht nach illegitimen Verfassungsgerichtshof anhängigen Anträge zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit bestimmter Teile der EU-Verträge und von Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren) zurückzuziehen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0395_DE.html

Blaue Karte für qualifizierte Einwanderer in die EU

Das EP hat am 15.09.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Javier Moreno Sánchez (S&D/ESP) die EU-Blue-Card-Reform gebilligt, die die Anstellung von hochqualifizierten Nicht-EU-Bürgern erleichtern und den Arbeitskräftemangel in Schlüsselsektoren verringern soll. Die Blue-Card-Richtlinie, die seit Ende 2009 in Kraft ist, legt die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt fest, die Drittstaatsangehörige (und ihre Familienangehörigen) erfüllen müssen, um eine hochqualifizierte Beschäftigung in den EU-Mitgliedstaaten aufzunehmen. Bisher hat das System jedoch nicht genügend dieser dringend benötigten Arbeitskräfte angezogen mit nur 36.806 in der EU ausgestellten Blue Cards in 2019, davon die meisten, nämlich 28.858, in DEU. Personen mit internationalem Schutzstatus - wie z. B. Flüchtlinge - werden auch in anderen EU-Mitgliedstaaten als dem, in dem sie Asyl oder einen anderen Schutzstatus erhalten haben, eine EU-Blue-Card beantragen können.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0374_DE.html

EU-Russland: Gegen die Politik des Kremls, für die Förderung der Demokratie

Am 16.09.2021 hat das EP den Bericht von MdEP Andrius Kubilius (EVP/LIT) zum Thema „Ausrichtung der politischen Beziehungen zwischen der EU und Russland“ mit einer Mehrheit von 494 - 103 - 72 angenommen. Wesentliche Punkte bzw. Forderungen: Die EU soll sich gegen die aggressive Politik des Kremls wehren und gleichzeitig den Grundstein für eine Zusammenarbeit mit einem künftigen demokratischen Russland legen. Bei der Bewertung des Stands der Beziehungen zwischen der EU und Russland macht das EP deutlich, dass es zwischen dem russischen Volk und dem russischen Regime von Präsident Putin als stagnierende autoritäre Kleptokratie, angeführt von einem Präsidenten auf Lebenszeit, umgeben von einem Kreis von Oligarchen, unterscheidet. Die MdEP betonen jedoch, dass eine demokratische Zukunft für Russland möglich ist und dass der Rat eine EU-Strategie für dieses Szenario annehmen muss, die auch ein „breites Angebot an Anreizen und Bedingungen für die Stärkung von Tendenzen hin zu Freiheit und Demokratie im Inland enthält.“ Das EP erklärt, dass die EU in Zusammenarbeit mit den USA und anderen gleichgesinnten Partnern ein Bündnis aufbauen muss, um für ein „Gegengewicht zu den Anstrengungen Russlands und Chinas zur Schwächung der Demokratie weltweit und Destabilisierung der europäischen Ordnung“ zu sorgen. Sie sollte Sanktionen, Maßnahmen gegen illegale Finanzströme und Unterstützung für Menschenrechtsverteidigern vorsehen. Angesichts der Aggression und des Einflusses Russlands auf die östlichen Nachbarländer der EU muss die EU die Länder der so genannten „Östlichen Partnerschaft“ wie die Ukraine oder Georgien weiterhin unterstützen und europäische Reformen und Grundfreiheiten in der Region fördern. Diese Bemühungen sollten auch als Anreiz für die russische Bevölkerung dienen, die Demokratie zu unterstützen. In dem Text heißt es weiter, dass die EU ihre Abhängigkeit von russischem Gas, Erdöl und anderen Rohstoffen verringern muss, zumindest während der Amtszeit von Präsident Putin. Der europäische Grüne Deal und die Förderung neuer Ressourcen werden dabei eine entscheidende geopolitische Rolle spielen. Die MdEP fordern, dass die EU Kapazitäten aufbaut, um die „Ströme schmutzigen Geldes aus Russland aufzudecken und um die versteckten Reichtümer und Vermögenswerte offenzulegen, die sich in den EU-Mitgliedstaaten im Besitz von Autokraten des russischen Regimes und korrupten Oligarchen befinden“.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0383_DE.html

Beendigung des Einsatzes von Tieren in der Forschung sowie von Tierversuchen

In einer Entschließung, die am 15.09.2021 mit einer Mehrheit von 667 - 4 angenommen wurde, zeigt das EP Wege auf, wie der Übergang zu einem Forschungssystem ohne Tierversuche beschleunigt werden kann. Wichtigste Punkte der Entschließung "über Pläne und Maßnahmen zur Beschleunigung des Übergangs zur Innovation ohne Tierversuche in Forschung, amtlichen Tests und Ausbildung": Die MdEP fordern einen EU-weiten Aktionsplan mit ehrgeizigen und erreichbaren Zielen sowie Zeitvorgaben für die schrittweise Abschaffung der Verwendung von Tieren in der Forschung und bei Tests. Dies soll durch die Reduzierung, Verfeinerung und Ersetzung von Verfahren an lebenden Tieren für wissenschaftliche Zwecke geschehen, sobald dies wissenschaftlich möglich ist und ohne das Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu senken.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0372_DE.html

Neue EU-China-Strategie des EP

In einem am 16.09.2021 mit einer Mehrheit von 570 - 61 - 40 angenommenen Bericht skizziert das EP sechs Säulen, auf denen die EU eine neue Strategie für die Zusammenarbeit mit China aufbauen sollte: Zusammenarbeit bei globalen Herausforderungen, Engagement für internationale Normen und Menschenrechte,

Identifizierung von Risiken und Schwachstellen, Aufbau von Partnerschaften mit gleichgesinnten Partnern, Förderung der strategischen Autonomie und Verteidigung der europäischen Interessen und Werte. In dem Text wird vorgeschlagen, die Zusammenarbeit zwischen der EU und China bei einer Reihe von globalen Herausforderungen fortzusetzen, wie etwa bei den Menschenrechten, dem Klimawandel, der nuklearen Abrüstung, der Bekämpfung globaler Gesundheitskrisen und der Reform multilateraler Organisationen. Die MdEP fordern die EU auf, mit China zusammenzuarbeiten, um die Reaktion auf Infektionskrankheiten, die sich zu Epidemien oder Pandemien entwickeln könnten, zu verbessern, zum Beispiel durch Risikokartierung und Frühwarnsysteme. Sie fordern China auf, eine unabhängige Untersuchung des Ursprungs und der Verbreitung von COVID-19 zuzulassen. Das EP unterstreicht die strategische Bedeutung der Beziehungen zwischen der EU und China, stellt jedoch klar, dass der Ratifizierungsprozess des Umfassenden Investitionsabkommens (CAI) erst beginnen kann, wenn China die Sanktionen gegen Mitglieder des EP und EU-Institutionen aufhebt. Die MdEP bekräftigen auch ihre Forderung an die Kommission und den Rat, Fortschritte bei einem EU-Investitionsabkommen mit Taiwan zu erzielen. Die MdEP betonen die Notwendigkeit, mit gleichgesinnten Partnern globale Standards für Technologien der nächsten Generation, wie 5G- und 6G-Netze, zu entwickeln. Unternehmen, die die Sicherheitsstandards nicht erfüllen, müssen ausgeschlossen werden, so die MdEP.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0382_DE.html

Brexit: 5-Mrd.-EUR-Fonds zur Unterstützung von Mitgliedstaaten und Regionen

Das EP hat am 15.09.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Pascal Arimont (EVP/BEL) die Brexit-Anpassungsreserve von 5 Mrd. EUR gebilligt, die den EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Folgen des Austritts des GBR aus der EU helfen soll. Zu den förderfähigen Maßnahmen gehören unter anderem die Unterstützung von Unternehmen und lokalen Gemeinschaften, die Schaffung von Arbeitsplätzen oder Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Unionsbürgerinnen und -bürgern. Es wird anhand von drei Kriterien berechnet, welche Beträge jeder Mitgliedstaat erhalten wird: die Bedeutung des Handels mit dem GBR, die Bedeutung der Fischerei in der ausschließlichen Wirtschaftszone des GBR und die Bevölkerung in Küstenregionen gegenüber dem Vereinigten Königreich. In absoluten Zahlen ist Irland der bei weitem größte Empfänger (rund 1 Mrd. EUR), gefolgt von den Niederlanden (rund 810 Mio. EUR), Frankreich (rund 670 Mio. EUR), DEU (rund 590 Mio. EUR) und BEL (rund 350 Millionen Euro).

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0373_DE.html

Gerechte Arbeitsbedingungen, Rechte und soziale Sicherung für auf Online-Plattformen beschäftigte Arbeitnehmer – Neue Beschäftigungsformen im Zusammenhang mit der digitalen Entwicklung

Am 16.09.2021 wurde der Initiativ-Bericht von MdEP Sylvie Brunet (RN/FRA) zum Thema „Rechte und soziale Sicherung für auf Online-Plattformen beschäftigte Arbeitnehmer“ mit einer Mehrheit von 524 - 39 - 124 angenommen. Der Bericht formuliert die Position des EP zum bevorstehenden Legislativvorschlag der Kommission zu den Arbeitsbedingungen von Plattformarbeitern, der für das 4. Quartal 2021 erwartet wird. Der Bericht zielt darauf ab, das Problem der falschen Einstufung von Plattformarbeitern als Selbstständige im Gegensatz zu Angestellten (wie bei Plattformarbeit vor Ort, wie z. B. Lebensmittellieferungen, Haushaltsarbeiten) zu verhindern. Das EP schlägt eine Umkehrung der Beweislast vor: Im Falle eines Gerichtsverfahrens sollten nicht mehr die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern die Arbeitgeber in Zukunft nachweisen, dass kein Arbeitsverhältnis besteht.

Festlegung von geschlechtsspezifischer Gewalt als neuer Kriminalitätsbereich gemäß Artikel 83 Absatz 1 AEUV

Am 16.09.2021 haben die MdEP mit einer Mehrheit von 427 - 119 - 140 im Rahmen des Berichts von MdEP Malin Björk (GUE/SWE) und MdEP Diana Riba i Giner (GRÜNE/ESP) eine Gesetzesinitiative angenommen, die gezielte Rechtsvorschriften und Maßnahmen zur Bekämpfung aller Formen von Gewalt und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts (gegen Frauen und Mädchen, aber auch gegen LGBTIQ+-Personen) fordert, egal ob offline oder online. Sie fordern die Kommission auf, geschlechtsspezifische Gewalt als neuen Straftatbestand in Artikel 83 Absatz 1 AEUV aufzunehmen, neben anderen Straftaten, die auf einer gemeinsamen Grundlage bekämpft werden müssen, wie Menschen-, Drogen- und Waffenhandel, Computerkriminalität und Terrorismus. Dies würde als Rechtsgrundlage für eine opferorientierte EU-Richtlinie dienen, die sich auf die Standards der Istanbul-Konvention und andere internationale Standards stützt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0388_DE.html

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; ENVE-Fachkommissionsitzung

Am 09.09.2021 fand eine Hybridsitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei fanden Meinungs austausche zu folgenden Themen statt: „EU-Aktionsplan Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden“ sowie „Lokale und regionale Gebietskörperschaften als treibende Kraft für die Umsetzung der EU-Initiative für Bestäuber“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2179436&meetingSessionId=2224196>

W i r t s c h a f t

Kommission; Mitteilung Neues europäisches Bauhaus (NEB)

Am 15.09.2021 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung, in der sie das Konzept des NEB vorstellt und auf die Ergebnisse der gerade abgeschlossenen Designphase eingeht und die daraus gewonnen Erkenntnis umsetzt. Das NEB ergänzt den europäischen Grünen Deal um eine kulturelle und kreative Dimension, um zu zeigen, wie nachhaltige Innovationen greifbare und positive Erfahrungen in unserem Alltag ermöglichen können. Für die Finanzierung werden rund 85 Mio. EUR für Projekte des NEB aus EU-Programmen im Zeitraum 2021-2022 bereitgestellt. Das NEB wird in viele andere EU-Programme als Kontextelement oder Priorität ohne zuvor festgelegtes eigenes Budget aufgenommen. Die Mittel werden aus verschiedenen EU-Programmen bereitgestellt, darunter Horizont Europa für Forschung und Innovation (insbesondere den Missionen im Rahmen von Horizont Europa), LIFE-Programm für Umwelt- und Klimapolitik und Europäischer Fonds für regionale Entwicklung. Die Kommission möchte ein Labor des Neuen Europäischen Bauhauses einrichten, einen „Think-and-Do-Tank“ für die gemeinsame Gestaltung, das Prototyping und die Erprobung neuer Instrumente, Lösungen und politischer Empfehlungen. Das Labor soll den kollaborativen Geist der NEB Bewegung fortführen, der verschiedene soziale Schichten zusammenbringt und sich an Gesellschaft, Wirtschaft und Politik wendet.

Es sollen, so die Vorstellung der Kommission, sich hierdurch Menschen begegnen und gemeinsam neue kreative Lösungen gefunden werden.

https://europa.eu/new-european-bauhaus/system/files/2021-09/COM_2021_573_DE_ACT.PDF

Kommission; EU-USA Handels- und Technologierat nimmt seine Arbeit auf

Der im Juni 2021 zwischen der EU und der Regierung der USA vereinbarte Transatlantische Handels- und Technologierat („Trade and Tech Council“ – TTC), wird erstmals am 29.09.2021 in Pittsburgh, Pennsylvania, tagen. Die EU-Delegation wird von den Exekutiv-Vizepräsidenten der Kommission Margrethe Vestager und Valdis Dombrovskis geleitet. Die Delegation der USA besteht an der Spitze aus Außenminister Antony Blinken, Handelsministerin Gina Raimondo und der Handelsbeauftragten der USA Katherine Tai. Ziel des TTC ist es, die Kooperation zwischen der EU und den USA in Handels- und Technologiefragen zu verstärken. Geplant sind konkret der Ausbau und die Vertiefung des bilateralen Handels, die Stärkung von Investitionen, das Vermeiden neuer technische Handelshemmnisse, sowie die Zusammenarbeit bei Schlüsseltechnologien, digitalen Fragen und Lieferketten. Zudem soll es um die Unterstützung der gemeinsamen Forschung und die Zusammenarbeit bei der Entwicklung internationaler Standards, Erleichterung der Zusammenarbeit bei Regulierungspolitik und –durchsetzung sowie um die Förderung von Innovationen gehen. Diese Themen sollen in zehn Arbeitsgruppen bearbeitet werden.

<https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2298>

Kommission; Genehmigung einer deutschen Beihilferegelung für Busse mit alternativen Antrieben

Die Kommission hat am 07.09.2021 eine von DEU angemeldete Beihilferegelung in Höhe von 1,75 Mrd. EUR nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Mit der Regelung soll die Anschaffung von Bussen, die mit alternativen Kraftstoffen betrieben werden, und entsprechende Infrastruktur gefördert werden. Sie besteht konkret aus drei Teilmaßnahmen, mit denen erstens die Anschaffung von batteriebetriebenen, brennstoffzellen- oder biomethanbetriebenen Bussen, zweitens der Bau einer privaten Lade- und Tankinfrastruktur und drittens Umweltstudien zum Einsatz solcher Busse gefördert werden sollen. Die Begünstigten werden im Rahmen eines offenen und transparenten Ausschreibungsverfahrens ausgewählt. Die Förderung wird in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gewährt werden. Die Finanzierung erfolgt teilweise aus der deutschen Aufbau- und Resilienzfazilität.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210907-beschaffung-busse-alternative-Antriebe_de

Europäische Bürgerinitiative zur europäischen Handelspolitik registriert

Die Kommission hat am 08.09.2021 beschlossen, die Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Gewährleistung einer mit den EU-Verträgen und dem Völkerrecht im Einklang stehenden gemeinsamen Handelspolitik“ zu registrieren. Die Organisatoren der Initiative fordern die Kommission auf, „auf der Grundlage der gemeinsamen Handelspolitik Rechtsakte vorzuschlagen, mit denen verhindert wird, dass juristische Personen in der EU Erzeugnisse, die ihren Ursprung in illegalen Siedlungen besetzter Gebiete haben, in die EU einführen sowie auch, dass juristische Personen in der EU Erzeugnisse in diese Gebiete ausführen.“ Nach der Registrierung können die Organisatoren mit der Sammlung von Unterschriften beginnen. Erforderlich sind eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4603

BIP im Euroraum im zweiten Quartal 2021 um 2,2% gestiegen

Im zweiten Quartal 2021, stieg das saisonbereinigte BIP gegenüber dem Vorquartal im Euroraum um 2,2% und in der EU27 um 2,1%, laut Schätzung von Eurostat. Im ersten Quartal 2021 war das BIP im Euroraum um 0,3% und in der EU um 0,1% gesunken. Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres stieg das saisonbereinigte BIP im zweiten Quartal 2021 im Euroraum um 14,3% und in der EU um 13,8%, nach -1,2% in beiden Gebieten im Vorquartal. Basierend auf saisonbereinigten Zahlen lagen die BIP-Volumen für den Euroraum 2,5% und für die EU 2,2% unter ihrem höchsten Wert vom vierten Quartal 2019. Für die Vereinigten Staaten lag das BIP um 0,8% über dem Niveau des vierten Quartals 2019.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11563259/2-07092021-AP-DE.pdf/020057b8-496e-9109-3b83-a7a6b1696a5d?t=1631003182539>

Energie

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T 777/19 CAPA u.a. / Kommission vom 15.09.2021

Am 15.09.2021 wurde die Anfechtung der Entscheidung der Kommission vom Gericht der EU zurückgewiesen. Damit bleibt der Beschluss der Kommission vom 26.07.2019, mit der diese die staatliche Förderung von sechs großen Offshore-Windparks vor der Nordwestküste FRA genehmigte, nämlich an den Standorten "Courselles-sur-Mer", "Fécamp", "Saint-Nazaire", "Iles d'Yeu / Noirmoutier", "Dieppe / Le Tréport" und "Saint-Brieuc" in Kraft. Die klagenden Fischer hatten mit ihrem Vorbringen keinen Erfolg. Aus Sicht der Kommission und des Gerichts setzen die Fördermaßnahmen in Form von Einspeisevergütungen, mit denen die Differenz zwischen den Erzeugungskosten und dem Marktpreis für Strom ausgeglichen werden sollen, Anreize für die Entwicklung erneuerbarer Energien und helfen FRA, seine Klimaziele zu erreichen, ohne dass der Wettbewerb über Gebühr beeinträchtigt wird.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-09/cp210156fr.pdf>

Digital

Kommission; Politikprogramm für die 2030-Digitalziele

Die Kommission hat am 15.09.2021 das Politikprogramm zur Digitalen Dekade 2030 vorgelegt. Es soll den Weg zur Erreichung der Ziele für die digitale Transformation der EU bis 2030 aufzeigen. Die Kommission setzt damit eine entsprechende Ankündigung in ihrer Mitteilung zum Digitalen Kompass vom 09.03.2021 (vgl. BaB 05/2021) um. Mit dem Digitalen Kompass hatte sie konkrete (quantitative und qualitative) Digitalziele in vier Schlüsselbereichen – Kompetenzen, Infrastruktur, Wirtschaft und Verwaltung – samt Indikatoren zur Messung der Zielerreichung vorgeschlagen. Das nun vorgelegte Politikprogramm schreibt die 2030-Digitalziele förmlich fest, richtet ein jährliches Verfahren zur Umsetzung und Überprüfung der Erreichung dieser Ziele ein und schafft einen neuen Rechtsrahmen für sog. Mehr-Länder-Projekte. Das Programm sieht vor, dass die Kommission die Erreichung der Ziele überwacht, und dazu den sog. DESI-Index (Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft, seit 2014 jährlich von der Kommission erstellt) nutzt. Die Mitgliedstaaten müssen der Kommission Statistiken und Daten zur Durchführung des Monitorings übermitteln und nationale mehrjährige strategische Fahrpläne zur Erreichung der Ziele vorlegen. Die Kommission wird Rat und EP jährlich einen Bericht über den Stand der digitalen Dekade vorlegen. Das

Programm muss in Form eines Beschlusses von Rat und EP förmlich im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren verabschiedet werden.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/europes-digital-decade>

F o r s c h u n g

Kommission; Forschung; Erkenntnisse zu „Open Science“

Die Generaldirektion Forschung und Innovation der Kommission hat am 06.09.2021 anlässlich der Vorstellung einer Studie eine positive Bilanz zum Umgang der EU mit dem Thema „Open Science“ gezogen. Open Science bedeutet die gemeinsame Nutzung von Wissen, Daten und Instrumenten zum frühestmöglichen Zeitpunkt im Forschungs- und Innovationsprozess (F&I) in offener Zusammenarbeit mit allen relevanten Wissensakteuren. Dieses Prinzip war fester Bestandteil im früheren Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 und wurde im aktuellen Programm Horizont Europa gestärkt. Mit einem stetigen Anstieg über die Jahre und einer durchschnittlichen Erfolgsquote von 83% für den offenen Zugang zu Veröffentlichungen stehe die EU an der Spitze der Forschungsförderakteure, resümierte das Studienkonsortium. Die Kommission schlussfolgerte aus der Studie, dass sich die frühzeitige Führungsrolle der EU in der Open-Science-Politik ausgezahlt habe. Denn die Säule "Exzellente Wissenschaft" in Horizont 2020 habe eine beachtliche Open-Access-Quote von 86% betragen. Zu den Spitzenreitern innerhalb dieser Säule gehören der Europäische Forschungsrat (ERC) und das Programm für künftige und neu entstehende Technologien (FET) mit einer Open-Access-Quote von sogar über 88%. Zugleich hätten sich durch die Studie Lücken mit Blick auf die Datenerhebung gezeigt, so die zuständige Generaldirektion. Denn nur 32% der hinterlegten Datensätze können über einen Link in den Metadaten aufgerufen werden.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/56cc104f-0ebb-11ec-b771-01aa75ed71a1/language-en>

Kommission; Forschung; neuer Wissenschaftsdienst zur Biodiversität;

Die Generaldirektion Forschung und Innovation der Kommission hat am 07.09.2021 bekannt gegeben, dass sie einen speziellen wissenschaftlichen Dienst zum Thema Biodiversität einrichten wird. Dieser Dienst soll künftig die Politik auf unterschiedlichen Ebenen mit aktuellen, forschungsbasierten Optionen für die Politikgestaltung im Bereich der biologischen Vielfalt beraten. Denn die EU-Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt bis 2030 unterstreiche die Notwendigkeit einer wissenschaftlich fundierten Politikgestaltung. Das Ziel des neuen Dienstes sei es, Forschung und Innovation systematisch in die EU-Politikgestaltung im Bereich der biologischen Vielfalt zu integrieren, so die Kommission. Der Dienst soll alsbald nach Abschluss der laufenden Ausschreibung des Forschungsrahmenprogramms eingerichtet werden und als wissenschaftliche Säule des Wissenszentrums für Biodiversität (KCBD) fungieren. Der Wissenschaftsdienst soll die wichtigste Anlaufstelle sein, welche die europäische Forschung mit der Politikgestaltung im Bereich der Biodiversität verbindet. Ein weiterer wichtiger Akteur und Kooperationspartner in diesem Kontext soll zudem die neu einzurichtende EU-Partnerschaft zur Biodiversität sein. Diese Horizont Europa-Partnerschaft soll künftig in Kooperation von Behörden mit Wirtschaftsakteuren zu einer besseren Überwachung der Biodiversität und besseren wissenschaftlichen Informationen beitragen.

https://ec.europa.eu/info/news/new-science-service-biodiversity-2021-sep-07_en

Forschung; Krebsforschung; Erklärung der Trio-Präsidentschaft zu Krebs;

SLO, PTL und DEU haben am 07.09.2021 als Dreivorsitz des Rates gemeinsame Prinzipien für eine erfolgreiche Patientinnen- und Patientenbeteiligung in der Krebsforschung verabschiedet. Simona Kustec, slowenische Ministerin für, Wissenschaft, erklärte, man erweitere und verändere die Grenzen des Forschungsbereichs, indem man den Schwerpunkt auf die erfolgreiche Einbindung von Krebserkrankten und –überlebenden sowie ihren Familien in die Krebsforschung lege. Eine patientenzentrierte Krebsforschung solle in Europa langfristig zum Standard werden und sich noch enger an die Bedürfnisse der betroffenen Patientinnen und Patienten ausrichten. In einem mehrstufigen Verfahren hatten Patientenverbände, Forschende, Gesundheits- und Pflegefachkräfte, Vertreter aus der Industrie und Förderungseinrichtungen sowie weitere Interessengruppen aus ganz Europa die neuen Grundprinzipien formuliert. Der Dreivorsitz setzte sich dafür ein, dass nationale und europäische Forschungsbemühungen aufeinander abgestimmt werden und forderte alle Mitgliedstaaten der EU auf, sich der Initiative anzuschließen. Patientenbeteiligung in ganz Europa solle immer mehr zum Standard werden. Für die deutsche Bundesregierung unterzeichnete Forschungsministerin Anja Karliczek die Initiative. Unter der Schirmherrschaft von DEU hatte das aktuelle Ratspräsidentschafts-Trio im Oktober 2020 in der Berliner Deklaration „Europe: United against Cancer“ die Bedeutung einer patientenzentrierten Krebsforschung besonders herausgestellt.

<https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/pressemitteilungen/de/2021/09/070921-Patientenpartizipation-Krebsforschung.html>

Finanzdienstleistungen

Kommission; Emission grüner Anleihen zur Finanzierung von NextGenerationEU

Am 07.09.2021 hat die Kommission einen von unabhängiger Seite bewerteten Rahmen für grüne Anleihen zur Finanzierung von NextGenerationEU angenommen. Der Rahmen bietet Investoren Gewissheit, dass die benötigten Mittel zur Finanzierung in grüne Projekte fließen und dass die Kommission über Umweltauswirkungen der Projekte Bericht erstattet. Die Kommission will im Oktober die ersten grünen Anleihen ausgeben, wenn die Marktbedingungen geeignet sind. Des Weiteren wird beabsichtigt, bis Ende 2026 bis zu 250 Mrd. EUR an grünen Anleihen auszugeben und dadurch zum größten Emittenten grüner Anleihen der Welt aufzusteigen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210907-kommission-bereit-fuer-emission-gruener-anleihen_de

Kommission; Konsultation zur Änderung der „Blocking“-Verordnung

Die Kommission startete am 09.09.2021 eine bis 04.11.2021 laufende öffentliche Konsultation zu der von der Kommission geplanten Änderung der Blocking-Verordnung zur Reaktion auf rechtswidrige extraterritoriale Sanktionen. In ihrer Mitteilung „Das europäische Wirtschafts- und Finanzsystem: Mehr Offenheit, Stärke und Resilienz“ vom 19.01.2021 hatte die Kommission bereits angekündigt, dass sie eine Änderung der Blocking-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 2271/96) in Erwägung ziehe, um Drittländer wirksamer vor rechtswidrigen extraterritorialen Sanktionen gegen Wirtschaftsteilnehmer aus der EU abzuschrecken und solchen Sanktionen stärker entgegenzuwirken. Mit dieser Änderung soll auch die Anwendung der geltenden EU-Vorschriften verbessert werden, indem unter anderem die Compliance-Kosten für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen der EU gesenkt werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13129-Rechtswidrige-extraterritoriale-Sanktionen-eine-starkere-Reaktion-der-EU-Aenderung-der-Blocking-Verordnung- de>

Finanzen

EuGH; Die Berechnungsweise der Zulassungssteuer für nach PTL eingeführte Gebrauchtfahrzeuge verstößt gegen den Grundsatz des freien Warenverkehrs

Am 02.09.2021 hat der EuGH ein Urteil (Rechtssache C-169/20) erlassen, in dem er eine Vertragsverletzung durch PTL feststellt. Der EuGH weist darauf hin, dass die in einem Mitgliedstaat entrichtete Zulassungssteuer in den Wert des Fahrzeugs mit einbezogen wird. Wird das Fahrzeug in der Folge im gleichen Mitgliedstaat als Gebrauchtfahrzeug verkauft, entspricht sein Verkaufswert, der den Restbetrag der Zulassungssteuer enthält, einem Prozentwert, der durch die Wertminderung des ursprünglichen Fahrzeugwerts bestimmt wird. Der EuGH stellt fest, dass nach dem reformierten portugiesischen Besteuerungssystem im Unterschied zu der anhand des Hubraums des betreffenden Fahrzeugs berechneten Komponente, für die ein Prozentsatz der Reduzierung je nach Alter des Fahrzeugs vorgesehen ist, keinerlei Verringerung der Umweltkomponente vorgesehen ist, um die Minderung des Verkaufswerts des Fahrzeugs insoweit widerzuspiegeln. Folglich wird die Höhe der Zulassungssteuer für aus anderen Mitgliedstaaten nach PTL eingeführte Gebrauchtfahrzeuge ohne Berücksichtigung von deren tatsächlicher Wertminderung berechnet. Daher stellen die nationalen Rechtsvorschriften nicht sicher, dass aus anderen Mitgliedstaaten eingeführte Gebrauchtfahrzeuge einer Steuer in der Höhe unterliegen, die betragsmäßig der Steuer entspricht, die auf vergleichbare, bereits auf dem nationalen Markt vorhandene Gebrauchtfahrzeuge erhoben wird. Dies verstößt gegen Art. 110 AEUV.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-09/cp210146de.pdf>

Rat; Tagung des Rates für Wirtschaft und Finanzen

Am 06.09.2021 trafen sich die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) zu einer Videokonferenz. Dabei zogen sie Bilanz der ökonomischen Erholung in Europa und diskutierten die Umsetzung und Zustimmung der nationalen Wiederaufbaupläne von CZR und IRL.

https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2021/09/06/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Informal+video+conference+of+economy+and+finance+ministers

EuGH; Unterschiedliche Umsatzsteuersätze bei Freizeitparks und ortsungebundenen Schaustellern möglich

Der EuGH hat in der Rechtssache C-406/20 (Phantasialand / Finanzamt Brühl) mit Urteil vom 09.09.2021 entschieden, dass die Leistungen von Freizeitparks und ortsungebundenen Schaustellern unterschiedlichen Umsatzsteuersätzen unterliegen können. Dabei dürfe allerdings der Grundsatz der steuerlichen Neutralität nicht verletzt werden. Dieser Grundsatz lege fest, dass gleichartige Leistungen, die miteinander in Wettbewerb stünden, nicht unterschiedlich behandelt werden dürfen. Die Beurteilung der Gleichartigkeit oder Ungleichartigkeit der in einem Freizeitpark einerseits und auf einem Jahrmarkt andererseits dargebotenen Schaustellerleistungen sei letztlich Sache des vorliegenden Finanzgerichts Köln.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=79E501BCEDEB9581EB467DECAA417C09?text=&docid=245755&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=8642208>

Rat; Tagung der EUR-Gruppe und des Rates für Wirtschaft und Finanzen

Am 10.09.2021 berieten sich die 19 Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der EUR-Gruppe unter Vorsitz des Präsidenten der EUR-Gruppe Paschal Donohoe im slowenischen Kranj. Auf der Tagesordnung der Sitzung standen u.a. die wirtschaftliche Lage in der Eurozone sowie die Zahlungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der Unternehmen im EUR-Währungsgebiet in der Erholungsphase. Am 10./11.09.2021 trafen sich dann die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Diskutiert wurden die Regulierung des Finanzsektors und die Ausgewogenheit zwischen der Finanzstabilität und der Finanzierung einer nachhaltigen Wirtschaft. Zudem tauschten sich die Ministerinnen und Minister zur Steuerung von Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds an gefährdete Länder aus. Des Weiteren wurden Simulationen von Haushaltsszenarien für die Gewährleistung eines widerstandsfähigen Aufschwungs mit ausreichendem Spielraum für künftige Investitionen besprochen und es fand ein Austausch über die zukünftige Besteuerung statt.

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/en/news/finance-ministers-discuss-boosting-the-development-of-sustainable-financial-markets-and-fiscal-policy-in-brdo/>

Kommission; Einigung mit Kroatien für weitere praktische Schritte zum Start der Euromünzen-Produktion

Die Kommission und die Mitgliedstaaten des Euroraums haben am 10.09.2021 eine Absichtserklärung mit Kroatien unterzeichnet, in der die praktischen Schritte festgelegt sind, die es dem Land ermöglichen werden, mit der Herstellung von Euro-Münzen zu beginnen, sobald es grünes Licht für den Beitritt zum Euroraum erhält. Dazu gehören u. a. die Auswahl der nationalen Münzbilder durch Kroatien gemäß den nationalen Verfahren, die Beschaffung und Herstellung von Prägwerkzeugen und Münztestläufen sowie Vorkehrungen für die Verteilung der Euro-Münzen und den Einzug der kroatischen Kuna während der Umstellung. Dies ist ein wichtiger Meilenstein in den Bemühungen Kroatiens, dem Euroraum beizutreten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4641

EuRH; Optimierungsbedarf bei der Überwachung nach einem makroökonomischen Anpassungsprogramm

In seinem Sonderbericht Nr. 18/2021 "Überwachung von Mitgliedstaaten, die ein makroökonomisches Anpassungsprogramm verlassen, durch die Kommission: ein geeignetes Instrument mit Optimierungsbedarf" vom 15.09.2021 veröffentlicht der EuRH seine Untersuchung der Konzeption, Durchführung und Wirksamkeit der Überwachung der Mitgliedstaaten im Euroraum nach Abschluss eines makroökonomischen Anpassungsprogramms. Der EuRH beurteilt die Überwachung durch die Kommission in den fünf Mitgliedstaaten, die nach der Finanzkrise von 2008 finanzielle Unterstützung erhalten hatten (IRL, PTL, ESP, CYP und GRI) zwar als angemessen, bemängeln aber unklare Zielvorgaben sowie fehlende Straffheit und Fokussierung, die die Wirksamkeit der Maßnahme beeinträchtigten. Daher empfiehlt er eine Überarbeitung der Verfahren und der einschlägigen Rechtsvorschriften. Insbesondere sollten die Überwachungstätigkeiten in das Europäische Semester integriert werden.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR21_18/SR_PPS_DE.pdf

EuGH; ITL Verbrauchsteuerbefreiung von Kraftstoffen für Freizeitwasserfahrzeuge verstößt gegen Unionsrecht

Der EuGH hat in der Rechtssache C-341/20 (Kommission / ITL) mit Urteil vom 16.09.2021 entschieden, dass ITL dadurch gegen seine Verpflichtungen aus der Richtlinie 2003/96 verstoßen hat, indem es die Vergünstigung einer Befreiung von der Verbrauchsteuer für Kraftstoffe gewährt hat, die für private Freizeitwasserfahrzeuge verwendet werden, wenn diese Wasserfahrzeuge, unabhängig von der Art ihrer tatsächlichen Nutzung, Gegenstand eines Chartervertrags sind. Der EuGH unterstreicht, dass die Richtlinie Energieerzeugnisse in Abhängigkeit von ihrer tatsächlichen Verwendung besteuern soll. Zu diesem Zweck knüpft die Steuerbefreiung an den Tatbestand an, dass Energieerzeugnisse als Kraftstoff in der Schifffahrt auf den Unionsgewässern zu gewerblichen Zwecken verwendet werden, also daran, dass ein Wasserfahrzeug unmittelbar für eine entgeltliche Dienstleistung (beispielsweise eine Beförderungsdienstleistung) genutzt wird. Der Umstand, dass die Vercharterung eines Wasserfahrzeugs für die Person, die dieses Fahrzeug einem anderen zur Verfügung stellt, eine gewerbliche Tätigkeit darstellt, rechtfertigt die in Rede stehende Steuerbefreiung nicht.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=69CC56088D1C71546F3551EE28AADBAC?text=&docid=232301&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=8959146>

EuGH; Zurückverweisung an EuG im Streit um Steuervergünstigungen

Der EuGH hat in der Rechtssache C-337/19 P (Kommission / BEL und Magnetrol International) mit Urteil vom 16.09.2021 entschieden, dass die Kommission zutreffend das Vorliegen einer Beihilferegulierung festgestellt hat. Gleichwohl hebt der EuGH das Urteil des EuG vom 14.02.2019 auf und verweist die Sache zur Entscheidung über andere Gesichtspunkte der Rechtssache an das EuG zurück. Der EuGH stellt fest, dass der Rechtsstreit nicht zur Entscheidung reif ist, was die Klagegründe betrifft, mit denen im Wesentlichen geltend gemacht wird, dass die Steuerregelung für Gewinnüberschüsse zu Unrecht als staatliche Beihilfe eingestuft worden sei, insbesondere unter Berücksichtigung des Fehlens eines Vorteils und des Fehlens von Selektivität, und die Klagegründe, mit denen gerügt wird, dass insbesondere gegen die Grundsätze der Gesetzmäßigkeit und des Vertrauensschutzes verstoßen worden sei, da die Rückforderung der angeblichen Beihilfen, einschließlich bei den Unternehmensgruppen, denen die Empfänger dieser Beihilfen angehörten, fehlerhaft angeordnet worden sei.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-09/cp210158de.pdf>

S o z i a l e s

EACEA; Erwachsene ohne höheren sekundären Bildungsabschluss nehmen selten Weiterbildungsmaßnahmen in Anspruch

Die Exekutivagentur der Generaldirektion für Bildung, Jugend, Sport und Kultur (EACEA) veröffentlichte am 08.09.2021 eine Studie zur Erwachsenenbildung in Europa. Darin heißt es, dass ein Fünftel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU hat keinen höheren sekundären Bildungsabschluss hat. Wesentliche Erkenntnis der Studie ist, dass insbesondere diese Menschen keine Weiterbildungsmaßnahmen in Anspruch nehmen und dadurch in Phasen wirtschaftlicher Veränderung weniger anpassungsfähig sind.

https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/node/11855_en

EuGH; Schlussantrag zur Frage der Höchstdauer von Leiharbeit vorgelegt

Der Generalanwalt des europäischen Gerichtshofes hat am 02.09.2021 in den Rechtssachen C-117/20 und C-151/20 Schlussanträge zur Frage der Höchstdauer von Leiharbeit vorgelegt. Geklagt hatte ein Leiharbeiter gegen das Berliner Werk der Daimler AG, Mercedes-Benz. Dieser hatte auf Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis geklagt, da er dort mehr als fünf Jahre als Leiharbeiter in der Motorenfertigung tätig war. Einen Anspruch darauf leitete er daraus ab, dass er aufgrund der Dauer der Beschäftigung im dortigen Werk einen Verstoß gegen die europäische Richtlinie zu Leiharbeit sah, die dieser einen vorübergehenden Charakter beimisst. Der Generalanwalt präzisiert in seinen Schlussanträgen Fragestellungen zur Auslegung und Anwendung der einschlägigen Richtlinien, deren Beantwortung durch den EuGH insbesondere für Leiharbeiter und Unternehmen in DEU von Relevanz sein werden. Dies betrifft insbesondere die Frage, ob deutsches Arbeitsrecht durch die Unionsvorgaben Anwendung finden kann oder nicht.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-09/cp210153de.pdf>

Gesundheit und Verbraucherschutz

EMCDDA; Warnung vor synthetischen Cannabinoiden

Die EU Agentur European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction (EMCDDA) warnt in einer Studie vom 09.09.2021 vor synthetischen Cannabinoiden in der EU. Synthetische Cannabinoide sind die größte Gruppe neuer psychoaktiver Substanzen, die die EMCDDA durch das EU Frühwarnsystem beobachtet. Sie kamen ca. 2006 auf den Markt und wurden zunächst als legale Cannabisalternative vermarktet. Bis 2015 wuchs die Anzahl synthetischer Cannabinoide auf dem Markt stetig. Seitdem ist die Anzahl deutlich weniger geworden, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass der Vermarktung als legale Cannabisalternative effizient entgegengewirkt wurde. EMCDDA beobachtet allerdings, dass zunehmend mehr Nebenwirkungen synthetischer Cannabinoide bekannt werden und sich die Vermarktung verändert. EMCDDA sieht die Gefahr vermehrter Vergiftungen, die durch synthetische Cannabinoide verursacht werden.

https://www.emcdda.europa.eu/publications/technical-reports/synthetic-cannabinoids-europe-review_en

Umwelt

Kommission; Konsultation zur Änderung der Vorschriften für die Überwachung und Meldung der CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge

Die Kommission stellte am 07.09.2021 einen Entwurf einer delegierten Verordnung zur Konsultation. Diese hat die Änderung der bisher geltenden Vorschriften der EU für die Überwachung und Meldung der CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge zum Gegenstand. Die derzeit geltenden Vorschriften sollen durch Angaben zur Anzahl der Antriebsachsen ergänzt werden. Ziel der Initiative ist zum einen die Verringerung des Verwaltungsaufwands, da die von den Mitgliedstaaten mit den von den Herstellern gemeldeten Informationen abgeglichen werden können. Zum anderen soll die Kommission zukünftige Fortschritte bei der Erreichung der CO₂-Reduktionsziele der EU besser überwachen können. Rückmeldungen können noch bis zum 05.10.2021 abgegeben werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das dritte Quartal 2021 angesetzt.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13157-Überwachung-der-CO2-Emissionen-schwerer-Nutzfahrzeuge-neue-Anforderung-zur-Meldung-der-Anzahl-der-Antriebsachsen_d

Kommission; Konsultation zur Wiederherstellung nachhaltiger Kohlenstoffkreisläufe

Am 09.09.2021 hat die Kommission ihren Fahrplan für eine Initiative vorgelegt, die die Entwicklung nachhaltiger Lösungen zur Aufnahme von Kohlendioxid unterstützen soll. Da die Wälder und landwirtschaftliche Flächen als Kohlenstoffspeicher sowie technische Lösungen zur CO₂-Abscheidung eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 spielen, schlägt die Kommission die Entwicklung eines Aktionsplans zur Förderung einer klimaeffizienten Landwirtschaft und eines Rechtsrahmens für die Zertifizierung der Speicherung von Kohlendioxid vor. Dadurch erhofft sich die Kommission schwer zu vermeidende Emissionen etwa aus der Landwirtschaft, dem Luftverkehr oder einigen Industriezweigen ausgleichen zu können. Rückmeldungen können noch bis zum 07.10.2021 abgegeben werden. Die Annahme einer Mitteilung zu dem Thema durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2021 angedacht.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13066-Klimawandel-Wiederherstellung-nachhaltiger-Kohlenstoffkreisläufe_de

EuGH; Schlussanträge zur Strategischen Umweltprüfung Landschaftsschutzgebiet „Inntal Süd“

Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona hat am 16.09.2021, seine Schlussanträge in der Rechtssache C-300/20 zu der Frage vorgelegt, ob dem Erlass einer Regelung wie der Verordnung des Landkreises Rosenheim vom 10.04.2013 über das Landschaftsschutzgebiet „Inntal Süd“ eine Strategische Umweltprüfung vorausgehen muss. Die Verordnung stellt ein etwa 4.021 ha großes Gebiet unter Schutz, das ca. 650 ha kleiner ist als das von früheren Rechtsvorschriften aus den Jahren 1952 und 1977 geschützte Gebiet. In seinen Schlussanträgen vertritt der Generalanwalt die Ansicht, dass eine Strategische Umweltprüfung vor dem Erlass einer Regelung wie der hier streitigen LSG-Verordnung des Landkreises Rosenheim nicht zwingend sei. Es sei jedoch Sache des Bundesverwaltungsgerichts, zu prüfen, ob diese Verordnung einen Referenzrahmen für die Annahme von Projekten setzt (und daher vor ihrem Erlass der Durchführung einer Strategischen Umweltprüfung bedurft).

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:62020CC0300&from=de>

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Konsultation zur Spezifizierung der Aufzeichnungen im Rahmen der ökologischen Landwirtschaft

Am 03.09.2021 hat die Kommission eine Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung gestartet, um die Spezifikationen für die Aufzeichnungen festzulegen, zu denen Unternehmen nach den EU-Vorschriften für die ökologische Landwirtschaft verpflichtet sind, um Rückverfolgbarkeit zu gewährleisten und Kontrolle der Massenbilanz zu ermöglichen. Die Initiative enthält zudem Einzelheiten zu den Erklärungen, welche die Unternehmer den amtlichen Kontrollbehörden bezüglich ihrer ökologischen Erzeugung vorlegen müssen. Die Frist für Rückmeldungen ist auf den 01.10.2021 datiert. Die Annahme durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2021 geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13020-Okologische-biologische-Landwirtschaft-Aufzeichnungen-und-Erklarungen-der-Unternehmer-Spezifikationen- de>

Kommission; Ausbau der europäischen Führung im weltweiten Agrar- und Lebensmittelhandel im Jahr 2020

Einem am 08.09.2021 veröffentlichten Bericht der Kommission zur Überwachung zum Agrarhandel ist zu entnehmen, dass die EU ihre führende Position unter den größten Exporteuren von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen der Welt weiter auf 184 Mrd. Euro Ausfuhren ausbauen konnte. Des Weiteren ist die EU nach den USA und China mit 122 Mrd. Euro Einfuhren der drittgrößte Importeur weltweit. Im Vergleich zum Jahr 2019 konnte ein geringfügiges Wachstum von 1,4 Prozent beim Export, insbesondere bei Schweinefleisch und Weizen, verzeichnet werden. Ein Anstieg des Imports von 0,5 Prozent lässt sich wiederum auf Ölsaaten, Fettsäuren und Wachse, Palmöl, Obst sowie Sojabohnen zurückführen. Die größten Abnehmer von Agrar- und Lebensmitteln waren im Jahr 2020 nach China, die Schweiz, der Nahe Osten sowie Nordafrika. Dabei gingen die EU-Ausfuhren in die USA, die Türkei, Singapur und Japan am stärksten zurück. Hinsichtlich der EU-Importe wurde Kanada ein wichtiges Herkunftsland, während Importe aus GBR, der Ukraine und den USA wertmäßig am stärksten zurückgingen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_4584

EuGH; Erweiterter Schutz von Ursprungsbezeichnungen

Am 09.09.2021 urteilte der EuGH betreffend des vom Provinzgericht Barcelona eingereichten Vorabentscheidungsersuchens, dass geschützte Ursprungsbezeichnungen (g.U.) nicht nur für Erzeugnisse, sondern auch für Dienstleistungen gelten können. Im vorliegenden Fall hatte der Champagnerherstellerverband CIVC gegen eine Kette von Tapas-Bars in Barcelona und drei weiteren spanischen Städten geklagt, die den abgeänderten Begriff „champanillo“ (spanisch für kleiner Champagner“) als Handelsnamen verwenden. Der EuGH erweiterte mit seinem Urteil den Schutz von Ursprungsbezeichnungen bezüglich der strittigen Norm, da ein „normal informierter, angemessen aufmerksamer und verständiger europäischer Durchschnittsverbraucher“ eine „hinreichend unmittelbare und eindeutige gedankliche“ Verbindung zwischen den beiden Bezeichnungen herstellen könnte. Mithin gelten die Vorschriften sowohl für Erzeugnisse, als auch für Dienstleistungen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=ADFF0C03C4469B6AD8F1218495B5EC41?text=&docid=245745&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=5753424>

EP; Agrarausschusses unterstützt GAP-Kompromiss

Am 09.09.2021 unterstützte der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung die vorläufige Einigung aus den Trilog-Verhandlungen von Ende Juni zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die Abstimmungen zu den Verordnungen zu den Strategischen Plänen, der gemeinsamen Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnissen sowie zur Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der GAP, welche die bisher geltenden EU-Gesetze aktualisieren und die GAP von 2023 bis 2027 regeln sollen, wurden mit großer Mehrheit vom Ausschuss angenommen. Das EP hatte sich in den Verhandlungen für eine stärkere Knüpfung der Direktzahlungen an umweltrelevante Leistungen eingesetzt. Zudem sollen mindestens 10 Prozent der nationalen Direktzahlungen für die Unterstützung kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe und mindestens 3 Prozent für die Unterstützung von Junglandwirten verwendet werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210903IPR11210/agriculture-meets-approve-agreement-on-eu-farm-policy-reform>

EP; Verlängerung des gemeinschaftlichen Sortenschutzes für bestimmte Arten

Am 13.09.2021 stimmte das EP mit großer Mehrheit den von den Mitgliedstaaten im Verwaltungsrat des Gemeinschaftlichen Sortenamts (CPVO) beantragten Vorschlag zu, den gemeinschaftlichen Sortenschutz für die Art Spargel und die Artengruppen Blumenzwiebeln, kleinfruchtige Sträucher und Ziergehölze von 25 auf 30 Jahre zu verlängern. Der von der CPVO einstimmig eingebrachte Vorschlag dient dazu, die durch die Züchtung entstandenen hohen Forschungs- und Entwicklungskosten bei den genannten Arten durch Erträge wieder einzubringen, weil der Züchtungsprozess länger und komplexer sei.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2021-0171_DE.html#title2

EP; Abstimmung; Änderung der Verordnung bzgl. amtlicher Kontrollen von Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Drittländern in die EU (ENVI)

Am 15.09.2021 hat das EP mit großer Mehrheit der Änderung der Verordnung (EU) 2017/625 über amtliche Kontrollen von Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs, die aus Drittländern in die EU importiert werden, zugestimmt. Dies war notwendig, um die Einhaltung des Verbots der Einfuhr bestimmter antimikrobieller Wirkstoffe sicherzustellen und einen Beitrag zur internationalen Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen zu leisten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2021-0195_DE.html

Kommission; Konsultation zum Katalog der Einzelfuttermittel

Am 09.09.2021 hat die Kommission ihren Entwurf einer Verordnung für die Aktualisierung des EU-Katalogs der Einzelfuttermittel veröffentlicht. Die Aktualisierung bezieht sich auf die dort enthaltenen Vermarktungsnormen für die große Mehrzahl der Einzelfuttermittel auf dem EU-Markt. Die aktualisierte Fassung mit Vorschriften und Spezifikationen für neue Einträge soll die Verwendung nachhaltiger Einzelfuttermittel unterstützen und so der „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie dienen. Rückmeldungen können noch bis zum 07.10.2021 abgegeben werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das zweite Quartal 2021 geplant.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12541-Einzelfuttermittel-aktualisierter-Katalog_de

J u s t i z

Kommission; Antrag beim EuGH auf Zwangsgeld gegen POL

Die Kommission hat am 06.09.2021 beim EuGH die Verhängung finanzieller Sanktionen gegen das Land beantragt, weil POL die einstweilige Anordnung des EuGH vom 14.07.2021 zur Unabhängigkeit polnischer Richterinnen und Richter nicht umgesetzt hat. Der Beschluss bezog sich auf die Tätigkeit der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs POLs und die Aussetzung weiterer Bestimmungen des polnischen Rechts, die die richterliche Unabhängigkeit berühren. Die Kommission ersucht den Gerichtshof, ein tägliches Zwangsgeld gegen POL zu verhängen, solange die in dem Beschluss des EuGH angeordneten Maßnahmen nicht vollständig umgesetzt sind. Ferner hat die Kommission beschlossen, ein Aufforderungsschreiben nach Art. 260 Abs. 2 AEUV an POL zu richten, da das Land nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, um dem Urteil des EuGH vom 15.07.2021 in vollem Umfang

nachzukommen. Darin war festgestellt worden, dass die für Richterinnen und Richter geltenden polnischen Disziplinarvorschriften nicht mit dem EU-Recht vereinbar sind.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4587

EuGH; Urteil zum Widerruf von Verbraucherkreditverträgen

Am 09.09.2021 hat der EuGH sein Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-33/20, C-155/20 und C-187/20 (Volkswagenbank u.a.) zum Widerruf von Verbraucherkreditverträgen verkündet, die zur Finanzierung eines Autokaufs abgeschlossen wurden. Der EuGH hat den Kreditgebern hohe Transparenzpflichten in Bezug auf Verzugszinsen und Vorfälligkeitsentschädigungen auferlegt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=8AA8F43667A1F21A504B53189DCA6C76?text=&docid=245749&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=8683058>

I n n e r e s

Kommission; Hilfe im Kampf gegen Waldbrände geleistet

Am 08.08.2021 gab die Kommission eine Ausweitung der Unterstützung der von starken Waldbränden betroffenen Länder in Südeuropa im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens bekannt. Die EU habe dazu beigetragen, dass insgesamt 14 Löschflugzeuge, drei Hubschrauber, rund 1.300 Rettungskräfte und 250 Fahrzeuge in GRI, ITL, Albanien und Nordmazedonien zum Einsatz gebracht werden können. Bereits am 04.08.2021 hatte die Kommission mitgeteilt, dass zur Bekämpfung der verheerenden Waldbrände umfangreiche Hilfe im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens geleistet werde: Zwei Canadair-Löschflugzeuge aus FRA seien in ITL im Einsatz, GRI erhalte Unterstützung durch ein Feuerwehrtteam und zwei Löschflugzeuge aus CYP, in Albanien würden zwei Hubschrauber aus CZR und NDL eingesetzt und SLO habe 45 Feuerwehrlaute nach Nordmazedonien entsandt. Darüber hinaus koordiniere die EU die bereits seit Ende Juli 2021 laufenden Löscheinsätze auf Sardinien und in der Türkei. Dabei komme auch das EU-Satellitensystem Copernicus zum Einsatz. In der Türkei kämen ein Canadair-Löschflugzeug aus KRO und zwei aus ESP zum Einsatz. Auf das Hilfeleistungsersuchen von GRI im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens hin beteiligte sich ab dem 07.08.2021 auch Hessen mit 164 Einsatzkräften des Hessischen Katastrophenschutzes und mehr als 30 Fahrzeugen, die nach Athen und in die griechische Region Attica entsandt wurden, an der Bekämpfung der Waldbrände. Nach Abschluss des internationalen Hilfeleistungseinsatzes sind inzwischen alle hessischen Helfer wohlbehalten nach Hessen zurückgekehrt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4121

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4064

Europol; Kokainmarkt wird kompetitiver und gewalttätiger

Am 07.09.2021 veröffentlichten Europol und das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (United Nations Office on Drugs an Crime, UNODC) ihren gemeinsamen Bericht über die Lage des weltweiten Kokainmarkts. Der Bericht ist Teil des Arbeitsprogramms CRIMJUST, mit dem die Strafverfolgungszusammenarbeit entlang der Drogenhandelsrouten im Rahmen des Global Illicit Flows-Programm der EU verbessert werden soll. Die weitere Zersplitterung des kriminellen Umfelds in den Kokain-Ursprungsländern habe auch neue Möglichkeiten für europäische Gruppen der organisierten Kriminalität eröffnet, etwa zur Ausschaltung von Zwischenhändlern. Neue Handelsnetzwerke, etwa vom

Westbalkan, forderten bisher dominante Akteure heraus und bauten direkte Kontakte zu Produzenten auf. Der daraus resultierende neue Wettbewerb am Kokainmarkt habe zu einem erhöhten Angebot und einem Anstieg der Gewalt geführt. Weiterhin sei die Bekämpfung des Kokain-Handels an seinem Ursprung, der Herstellung, von größter Bedeutung, da der Markt sehr stark von Lieferketten bestimmt werde. Daher bedürfe es einer weiteren Verbesserung der Strafverfolgungszusammenarbeit und des Informationsaustauschs, zudem sei ein wirksames Vorgehen gegen Geldwäsche und Investitionen mit Geld aus Drogengeschäften sehr wichtig, um sicherzustellen, dass sich der Drogenhandel nicht auszahle.

<https://www.europol.europa.eu/publications-documents/cocaine-insights-1>

EuGH; Urteil zu von Minderjährigen abgeleitetem Schutzstatus

Am 09.09.2021 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-768/19, der eine Vorlage des BVerwG zu Grunde liegt, über die Voraussetzungen, unter denen bestimmten Familienangehörigen – insbesondere den Eltern – eines Minderjährigen, dem subsidiärer Schutz zuerkannt wurde, ebenfalls subsidiärer Schutz gewährt wird. Der Kläger war wenige Monate vor dem 18. Geburtstags seines Sohnes nach DEU gekommen, wo sich der Sohn bereits seit einigen Jahren aufhielt. Wenige Tage nach dem 18. Geburtstag des Sohnes wurde diesem subsidiärer Schutz zuerkannt, der Vater stellte jedoch erst einen Tag nach dem 18. Geburtstag seines Sohnes einen förmlichen Antrag auf internationalen Schutz. Der EuGH entschied, dass der Zeitpunkt der Antragstellung des Vaters für die Frage des maßgeblichen Zeitpunkts der Minderjährigkeit des Sohnes maßgeblich sei, sofern der Sohn seinen Schutzantrag rechtzeitig vor Eintritt der Volljährigkeit gestellt habe und sich beide vor Eintritt der Volljährigkeit des Sohnes im Aufnahmemitgliedstaat aufgehalten hätten. Die Eigenschaft als Familienangehöriger setze ferner nicht voraus, dass in dem Aufnahmemitgliedstaat das Familienleben im Sinne von Art. 7 der Charta der Grundrechte der EU (Charta) wiederaufgenommen werde. Jedoch beständen die Rechte der Familienangehörigen nicht unbefristet fort, sondern nach Erreichen der Volljährigkeit durch die Minderjährigen nur für die Dauer der Gültigkeit von deren Aufenthaltstitel.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=245744&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=8949647>

EuGH; Urteil zu den Voraussetzungen von Folgeanträgen auf internationalen Schutz

Am 09.09.2021 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-18/20 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, dass sich nach der Richtlinie 2013/32/EU zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (Asylverfahrens-RL) ein Folgeantrag grundsätzlich auch auf Tatsachen stützen könne, die bereits vor dem Abschluss des rechtskräftig abgeschlossenen ersten Verfahrens vorgelegen hätten, jedoch nicht geltend gemacht worden seien. Da die Asylverfahrens-RL keinen spezifischen verfahrensrechtlichen Rahmen für Folgeanträge vorsehe, obliege der Erlass entsprechender Verfahrensvorschriften den Mitgliedstaaten. Sofern diese das Folgeverfahren jedoch nur für neue Tatsachen und im Übrigen eine Wiederaufnahme des ersten Verfahrens vorsähen, müssten die nationalen Verfahren aber den Anforderungen der Asylverfahrens-RL genügen. Ein irakischer Staatsbürger hatte zur Begründung seines ersten Antrags lediglich die Gefahr, getötet zu werden, vorgetragen und im Anschluss an die rechtskräftige Ablehnung seines Antrags ergänzend vorgetragen, homosexuell zu sein, was in seiner Heimat verboten sei. Diese Tatsache war ihm bereits vor Abschluss des ersten Verfahrens bekannt gewesen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?sessionid=3A3E2854D8BFDB249D986B37817D77AA?text=&docid=245748&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=8949098>

EuGH; Urteil zur Einstufung von Pausenzeiten mit Präsenzpflcht als Arbeitszeit

Am 09.09.2021 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-107/19 Dopravní podnik hl. m. Prahy, dass die Pausenzeit eines Arbeitnehmers, in der dieser innerhalb von zwei Minuten einsatzbereit sein müsse, als Arbeitszeit im Sinne von Art. 2 der Richtlinie 2003/88/EG über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (Arbeitszeit-RL) anzusehen sei, wenn die Möglichkeit, die nicht durch Arbeit beanspruchte Zeit frei zu gestalten und sich seinen eigenen Interessen zu widmen, in Ansehung aller relevanten Umstände ganz erheblich beschränkt sei. Darüber hinaus stellte der EuGH klar, dass der Grundsatz des Vorrangs des Unionsrechts der Bindung eines nationalen Gerichts an die Entscheidung eines übergeordneten Gerichts nach nationalem Verfahrensrecht entgegenstehe, wenn die Rechtsauffassung des übergeordneten Gerichts nicht mit dem Unionsrecht vereinbar sei. Ein ehemaliger Betriebsfeuerwehrmann hatte vor tschechischen Gerichten geltend gemacht, dass zwei ihm täglich zustehende 30-minütige Pausen – auch ohne tatsächlichen Einsatz – als Arbeitszeit anzusehen und entsprechend zu vergüten seien, da er in diesen erreichbar und innerhalb von zwei Minuten einsatzbereit habe sein müssen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=245743&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=7117501>

Frontex; aktuelle Zahlen zu illegalen Grenzübertritten

Am 14.09.2021 präsentierte die europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) aktuelle Zahlen zu illegalen Grenzübertritten in den ersten acht Monaten dieses Jahres. Danach sei die Zahl der illegalen Grenzübertritte insgesamt um 64% gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf über 103.630 angestiegen, was vor allem dem starken Rückgang infolge der COVID-19 Pandemie im Vorjahr geschuldet sei. Im August 2021 seien allein 17.788 illegale Grenzübertritte registriert worden, was einem Anstieg um 53% gegenüber dem Wert im Vorjahreszeitraum und einem leichten Anstieg gegenüber dem Vormonat entspreche. Die meisten Grenzübertritte seien im Jahr 2021 bislang mit 40.610 auf der zentralen Mittelmeerroute registriert worden, was einem Zuwachs um 92% gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspreche, gefolgt von der Westbalkanroute (27.188, +99%), der östlichen Mittelmeerroute (11.036, -25%), der westlichen Mittelmeerroute (9.958, +14%) und der Westafrikaroute (8.562, +118%). Nach dem besonders starken Anstieg der illegalen Grenzübertritte an den Grenzen von LIT, POL und LET zu Belarus in den Vormonaten seien dort im August nur noch 1058 illegale Grenzübertritte registriert worden, was einem Rückgang um 67% gegenüber dem Vormonat entspreche. Insgesamt seien im Jahr 2021 mehr als 5.300 illegale Grenzübertritte aus Belarus registriert worden, 4.116 davon in LIT.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/migratory-situation-at-eu-s-borders-in-august-detections-on-the-rise-INIG3B>

EASO; aktuelle Zahlen zu Asylantragstellungen vorgelegt

Am 16.09.2021 legte das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) aktuelle Zahlen zu den Asylantragstellungen in der EU im Juli 2021 vor. Danach seien in diesem Zeitraum rund 50.000 Anträge gestellt worden, 8% mehr als im Juni, in dem bereits ein Anstieg um ein Fünftel gegenüber Mai 2021 zu verzeichnen gewesen sei. Mit diesem neuen Höchstwert seit Ausbruch der COVID-19 Pandemie liege die Zahl der Antragstellungen bei rund 80% des Niveaus vor dem Ausbruch. Die fortbestehende Differenz sei vor allem auf den schon länger anhaltenden Rückgang von Anträgen von Menschen aus Lateinamerika zurückzuführen. Im Juli seien

mindestens 35.100 erstinstanzliche Entscheidungen ergangen. Diese Zahl entspreche einem leichten Rückgang gegenüber dem Vormonat und bleibe erneut hinter der der neuen Anträge zurück, sodass der Entscheidungsrückstau nicht weiter habe abgebaut werden können. Die Anerkennungsquote habe bei rund 39% gelegen. Weiterhin stammten die meisten Antragsteller aus Syrien, Afghanistan, der Türkei, Pakistan und dem Irak, wobei vor allem ein deutlicher Anstieg der Anträge von Menschen aus der Türkei verzeichnet worden sei. Auch die Zahl der Anträge von Menschen aus Afghanistan sei zum fünften Mal infolge gestiegen, wodurch die Zahl der Anträge von Menschen aus Syrien und Afghanistan nunmehr beinahe gleichauf lägen. 2.200 Anträge auf internationalen Schutz seien von angeblichen unbegleiteten Minderjährigen gestellt worden, der erneute Anstieg um 300 im Vergleich zum Vormonat gehe vor allem auf den Anstieg der Anträge von Menschen aus Afghanistan zurück.

<https://easo.europa.eu/news-events/asylum-applications-afghans-approaching-those-syrians>

Bildung und Kultur

Kommission; Junge Übersetzerinnen und Übersetzer gesucht

Am 02.09.2021 fiel der Startschuss für den jährlichen Übersetzungswettbewerb Juvenes Translatores der Europäischen Kommission. Bis zum 20.10.2021 können sich Sekundarschulen bewerben. In einer zweiten Runde lädt die Kommission 705 Schulen, von denen jede fünf Schülerinnen und Schüler des Jahrgangs 2004 zur Teilnahme benennt. Die Zahl der Schulen entspricht dabei der Anzahl an Sitzen im Europäischen Parlament. Das Finale findet am 25. November 2021 online in allen teilnehmenden Schulen statt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4444

Kommission; EU-Fördermöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler

Anlässlich des Schulbeginns wirbt die Kommission für die unterschiedlichen EU-Fördermöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler. Das Recht auf Bildung ist in Artikel 14 der EU-Charta verankert, dieser lehnt sich an den Text der europäischen Menschenrechtskonvention an.

https://ec.europa.eu/education/news/back-to-school-eu-support_en

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Empfehlung zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten

Die Kommission hat am 16.09.2021 eine Empfehlung mit einer Reihe von Maßnahmen veröffentlicht, mit denen die Mitgliedstaaten die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten – offline und online – verbessern sollen. Diese Initiative hatte sie bereits in ihrem Europäischen Aktionsplan für Demokratie vom 03.12.2021 angekündigt (vgl. BaB 23/2020). Die Empfehlung fordert die Mitgliedstaaten u.a. auf, Angriffe auf diese Berufsgruppe konsequent strafrechtlich zu verfolgen. Außerdem sollen bedrohte Journalistinnen und Journalisten, insbesondere im Bereich Investigativjournalismus, persönlichen Schutz genießen. Die Mitgliedstaaten sollen Unterstützungsdienste einrichten, wie z.B. Rechtsberatung, psychologische Unterstützung und Schutzräume für bedrohte Journalistinnen und Journalisten sowie Medienschaffende. Die Kommission fordert außerdem einen verstärkten Schutz von Journalistinnen und

Journalisten bei Demonstrationen sowie eine verbesserte Sicherheit online. Journalistinnen sind in besonderem Maße bedroht und sollen entsprechend geschützt werden. Die Kommission empfiehlt auch, die Transparenz in Bezug auf Bedrohungen von Journalistinnen und Diskriminierungen zu erhöhen. Die Mitgliedstaaten sollen der Kommission in 18 Monaten über die Umsetzung der Empfehlung Bericht erstatten.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/recommendation-protection-safety-and-empowerment-journalists>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Aktueller Aufruf im Programm Kreatives Europa

Der noch bis zum 05.10.2021 geöffnete Aufruf ist Teil der neuen Förderperiode 2021-2027 im „Cross-Sector“ Bereich des Förderprogramms Kreatives Europa. Die neu konzipierte Förderung „Innovation Lab“ soll Akteurinnen und Akteure aus verschiedenen Kultur- und Kreativbranchen dazu anregen, innovative digitale Lösungen mit potenziell positiven langfristigen Auswirkungen auf mehrere Kultur- und Kreativbranchen zu entwickeln und zu testen. Es soll die Entwicklung innovativer Lösungen (z.B. Tools, Modelle und Methoden) erleichtert werden, die auf den audiovisuellen Sektor und mindestens einen weiteren kreativen und/oder kulturellen Sektor anwendbar sind. Insgesamt sollen 10 Projekte gefördert werden. Der Projektantrag muss als Projektkonsortium gestellt werden, an dem mindestens drei Partner-Organisationen aus zwei verschiedenen Ländern beteiligt sind. Die Antragstellenden müssen aus einem MEDIA Mitgliedsland sein. Insgesamt soll eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen audiovisuellen Sektors und anderer kultureller und kreativer Branchen durch sektorübergreifende Zusammenarbeit erreicht werden. Die spezifischen Ziele im Jahr 2021 sind: 1. die stärkere Berücksichtigung von ökologischen Gesichtspunkten innerhalb des Kreativ- und Kultursektors und 2. innovative Bildungsinstrumente, die Kreativität nutzen, um relevante gesellschaftliche Themen wie Desinformation angehen zu können. Der Projektstart kann erst nach Vertragsunterzeichnung beginnen, frühestens jedoch im Februar 2022. Die Laufzeit der Projekte darf maximal 24 Monate betragen. Die Höhe der Förderung beträgt maximal 60 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten. Insgesamt stehen 6,32 Mio. EUR zur Finanzierung im Jahr 2021 zur Verfügung.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/crea-cross-2021-innovlab;callCode=null;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1,0;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=2021%20-%202027;programCcm2Id=43251814;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destination=null;mission=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=topicSearchTablePageState>

Kommission; Aktuelle Aufforderung zur Finanzierung grenzüberschreitender Energieinfrastrukturprojekte

Die Kommission hat am 07.09.2021 eine neue Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für wichtige grenzüberschreitende EU-Energieinfrastrukturprojekte veröffentlicht, die durch Zuschüsse in Höhe von 785 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt kofinanziert werden sollen. Es handelt sich dabei um die erste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) nach den neuen Regeln der Fazilität "Connecting Europe" (CEF), dem europäischen

Förderprogramm für transeuropäische Infrastrukturen. Bei der Festlegung des neuen CEF-Energiebudgets für den Zeitraum 2021-2027 in Höhe von 5,83 Mrd. EUR sieht die Kommission eine Schlüsselrolle, die die Energieinfrastruktur für den europäischen Green Deal und den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft spielen werde. Das im August verabschiedete Arbeitsprogramm sieht für den Zeitraum 2021-2023 Mittel in Höhe von 2,4 Mrd. EUR für wichtige europäische Energieinfrastrukturprojekte vor. Die aktuelle Aufforderung der CEF-Energie zur Einreichung von PCIs läuft bis zum 19.10.2021. Nach der Bewertung der Anträge wird voraussichtlich Anfang 2022 eine Vergabeentscheidung getroffen. Um eine Finanzierung im Rahmen der CEF-Energie (Zuschüsse für Studien oder Arbeiten) zu beantragen, müssen die Projekte zunächst auf der aktuellen Liste der PCI stehen, die die Kommission alle zwei Jahre annimmt. Um als PCI definiert zu werden, müssen die Projekte einen erheblichen Nutzen für mindestens zwei EU-Länder haben, die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, die Energieversorgungssicherheit der EU verbessern und zur Nachhaltigkeit beitragen. Die im Rahmen der CEF-Energie bereitgestellte finanzielle Unterstützung zielt darauf ab, ihren Mehrwert für die Dekarbonisierung zu maximieren.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;callCode=CEF-E-2021-PCI;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=true;typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=null;programCcm2Id=null;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destination=null;mission=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState>

V e r a n s t a l t u n g e n

„EXTRA-TIP Wirtschaftsgipfel am 08./09.2021 in Brüssel

Vom 08./09.2021 fand der diesjährige EXTRA-TIP Wirtschaftsgipfel unter Leitung des Chefredakteurs des EXTRA-TIP, Rainer Hahne, in Brüssel statt. Es war der siebte Wirtschaftsgipfel in Brüssel. Während des zweitägigen Aufenthalts führte die Delegation u.a. Gespräche mit den hessischen MdEP Dr. Udo Bullmann (S&D/DEU) und Martin Häusling (Grüne/DEU) sowie mit Botschafterin Susanne Szech-Koundouros, stellvertretende Ständige Vertreterin der Bundesrepublik Deutschland bei der EU zu aktuellen europapolitischen Fragen. Zudem standen eine Reihe von Gesprächen mit Vertretern der Kommission zur erneuerten EU-Industriepolitik mit besonderem Schwerpunkt auf den Themen der Bürokratiehürden für kleine und mittlere Unternehmen und dem EU-Binnenmarkt, dem „Fit for 55“ Paket der Kommission mit seinen zwölf Legislativvorschlägen, zur EU-Bankenunion auf dem Programm. Zudem fand ein Gespräch mit einem Vertreter aus der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU zu den Auswirkungen des BREXIT und das neue Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und GBR auf dem Programm. Der Leiter des HR-Studios in Brüssel Alexander Göbel informierte über die aktuelle Europapolitik aus Sicht eines EU-Korrespondenten. Die Delegation traf auch mit Europastaatssekretär Mark Weinmeister zusammen. Es wurden hier vor allem aktuelle hessische EU-Themen, wie die künftige EU-Regionalpolitik und der Sitz der künftigen EU-Geldwäscheagentur, angesprochen, aber auch die EU-Klimapolitik und deren Konsequenzen, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen diskutiert.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

Kein Europäischer Rat in den kommenden 14 Tagen.

Rat

- | | |
|----------------|----------------------------------|
| 21.09.2021 | Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ |
| 21./22.09.2021 | Rat „Verkehr und Energie“ |
| 23./24.06.2021 | Rat „Verbraucherschutz“ |
| 28./29.09.2021 | Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ |

Europäische Kommission

- | | |
|------------|---|
| 22.09.2021 | Zukünftiger rechtlicher Rahmen für Handelsvorteile für Entwicklungsländer
Überarbeitung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften für Versicherer (Solvency II) |
| 29.09.2021 | Folgemaßnahmen zum Migrationspaket:
EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten (2021-2025)
Überarbeitung der Richtlinie über Sanktionen gegen Arbeitgeber
Bericht zur Migration |

Europäisches Parlament

Keine Plenarsitzung in den kommenden 14 Tagen.

Ausschuss der Regionen

- | | |
|------------|--|
| 27.09.2021 | NAT-Fachkommissionssitzung
Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete (Meinungsaustausch)
EU-Aktionsplan für ökologische/biologische Landwirtschaft (Abstimmung)
Nachhaltige blaue Wirtschaft und Aquakultur (Abstimmung)
Europas Plan gegen den Krebs (Abstimmung) |
| 28.09.2021 | CIVEX-Fachkommissionssitzung
Bessere Rechtsetzung (Abstimmung) |
| 29.09.2021 | ECON-Fachkommissionssitzung
Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (Abstimmung)
Bericht der Kommission über die Wettbewerbspolitik 2020 |

(Abstimmung)
Aktualisierung der neuen Industriestrategie von 2020: einen stärkeren Binnenmarkt für die Erholung Europas aufbauen
(Abstimmung)
Europäische digitale Identität (Orientierungsdebatte)

01.10.2021 SEDEC-Fachkommissionssitzung
Europäisches Konzept für künstliche Intelligenz – Gesetz über künstliche Intelligenz (revidierte Stellungnahme) (Abstimmung)
Beseitigung der Obdachlosigkeit in der Europäischen Union: Die lokale und regionale Perspektive (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof und Europäisches Gericht

Europäischer Gerichtshof

23.09.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den Rechtssachen C-128/20 GSMB Invest, C-134/20 Volkswagen und C-145/20 Porsche Inter Auto und Volkswagen
Thermofenster bei Software-Update für Dieselfahrzeuge

23.09.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-205/20 Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld (Unmittelbare Wirkung)
Arbeitnehmerentsendung – Sanktionen bei Meldeverstößen

23.09.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-433/20 Austro-Mechana
Speichermedienvergütung bei Cloud computing?

23.09.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-165/20 Air Berlin
Aufhebung der kostenlosen Zuteilung von Luftverkehrsemissionszertifikaten

23.09.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-146/20 Corendon Airlines, C-188/20 Azurair, C-196/20 Eurowings und C-270/20 Austrian Airlines sowie in der Rechtssache C-263/20
Airhelp
Fluggastrechte bei Vorverlegung eines Flugs

23.09.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-319/20 Facebook Ireland
Datenschutz – Klagebefugnis von Verbraucherschutzverbänden

30.09.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-483/20 Commissaire général aux réfugiés et aux apatrides (Familienverband – Bereits gewährter Schutz)
Internationaler Schutz – Familienzusammenführung mit minderjährigem Kind

30.09.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-389/20 TGSS (Arbeitslosigkeit von Hausangestellten)
Ausschluss von Hausangestellten von der spanischen Arbeitslosenversicherung

Europäisches Gericht

20.09.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den verbundenen Rechtssachen T-363/19 GBR / und T-456/19 ITV / Kommission
Britische Steuervergünstigungen für multinationale Unternehmen

22.09.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-425/18 Altice Europe / Kommission
Übernahme von PT PTL

22.09.2021 Urteil des Gerichts in den verbundenen Rechtssachen T-639/14 RENV, T-352/15 und T-740/17 DEI / Kommission
Stromtarif für griechischen Aluminiumhersteller – Staatliche Beihilfe?

27.09.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-604/18 Google und Alphabet / Kommission
Google Android

29.09.2021 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-447/18 und T-619/18 Tuifly / Kommission
Beihilfen für Ryanair und Tuifly am Flughafen Klagenfurt

29.09.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-448/18 Ryanair u.a. / Kommission
Beihilfen für Ryanair und Tuifly am Flughafen Klagenfurt

29.09.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-279/19 Front Polisario / Rat
Westsahara

29.09.2021 Urteil des Gerichts in den verbundenen Rechtssachen T-344/19 und T-356/19 Front Polisario / Rat
Westsahara

29.09.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-528/20 Kočner / Europol
Schadensersatzklage gegen Europol

29.09.2021 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-341/18 Nec /, T-342/18 Nichicon Corporation /, T-343/18 Tokin /, T-344/18 Rubycon und Rubycon Holdings /, und T-363/18 Nippon Chemi-Con Corporation / Kommission
Kondensatoren-Kartell

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 01.10.2021.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA

